
Bericht

Wirtschaftliche Rezession, Konfliktpotential und Reformbestrebungen in der Arbeitnehmerschaft - Bericht über eine empirische Untersuchung *

Mit der Rezession des Jahres 1974 waren Gewerkschafter und Wirtschaftspolitiker in der BRD vor eine neue Situation gestellt. Erstmals in der Geschichte der BRD wurden Mängel in der Industriestruktur offenbar: Einige Branchen hatten Probleme aufgrund der Sättigung ihrer Märkte, andere konnten nicht mehr rentabel produzieren. Die Unterschiede zur schnell überwundenen Konjunkturkrise von 1966/67 waren unübersehbar und sind auch heute noch beobachtbar. Zwar befindet sich die Wirtschaft insgesamt in einer Aufwärtsentwicklung, doch ist eine nachhaltige Senkung der Arbeitslosenquote noch nicht absehbar.

* Ein weiterer Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung einer Berliner Arbeitsgruppe zu „Bewußtsein und politischen Einstellungen der Arbeitnehmer“ folgt in einem der nächsten Hefte.

Diese wirtschaftliche Situation war der Ausgangspunkt für unsere Untersuchung. Es sollte der Frage nachgegangen werden, welche Auswirkungen die Rezession auf das Bewußtsein der Industriearbeiter hat. Bewirken schlechte Wirtschafts- lage und steigende Arbeitsplatzunsicherheit eher Resignation und Zurückhaltung oder eher erhöhte Konfliktbereitschaft bei den Arbeitnehmern? Um den Einfluß der wirtschaftlichen Lage gesondert untersuchen zu können, wurden vier Betriebe der metallverarbeitenden Industrie ausgewählt, die durch die Rezession unterschiedlich stark betroffen waren. Der wirtschaftlich bestgestellte Betrieb arbeitete nach wie vor Überstunden und Sonder- schichten; der am härtesten betroffene Betrieb war zum Zeitpunkt der Untersuchung bereits seit einem Vierteljahr von Kurzarbeit betroffen und hatte mehrere Entlassungs- wellen erlebt. Insgesamt wurden in den vier Betrieben im Sommer 1975 ca. 200 Arbeit- nehmer befragt, die durch eine Zufallsstichprobe ermittelt worden waren*.

Die Ausgangsfragestellung wurde in vier Problemkomplexe untergliedert:

1. Die *Wahrnehmung der wirtschaftlichen Probleme*: Wie stark fühlen sich die befragten Arbeitnehmer individuell betroffen, in welchem Rahmen werden die Schwie- rigkeiten gesehen: als persönliches Mißgeschick, als betriebliches oder gesamtwirtschaft- liches Problem?

2. Die *Interpretation der Probleme*: Welche Instanzen werden für die wirtschaft- lichen Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht, welche Maßnahmen sind nach An- sicht der Arbeitnehmer erforderlich, um die Schwierigkeiten zu beheben und in Zukunft zu vermeiden?

3. *Angestrebte Problemlösungen*: Wie verhalten sich die Arbeitnehmer gegenüber den wirtschaftlichen Schwierigkeiten: Versuchen sie, diese durch individuelle Anpassung, z.B. Branchenwechsel oder Berufstätigkeit der Ehefrau zu kompensieren oder neigen sie eher zu kollektiven Lösungsversuchen, z. B. über die Gewerkschaft?

4. *Einstellung zu den Gewerkschaften*: Wie beurteilen die Arbeitnehmer die Politik der Gewerkschaften in den letzten Jahren, welche Priorität messen sie einzelnen Forde- rungen der gewerkschaftlichen Programmatik zu?

Untersuchungsergebnisse

Das wichtigste generelle Ergebnis besteht darin, daß unterschiedliche Grade der Krisenbetroffenheit des Betriebes die Einstellungen und Verhaltensdispositionen der Arbeitnehmer nur in sehr geringem Umfang erklären können. Dies besdudet,- daß sich., die Einstellungen und Meinungen der Kollegen in den gutgehenden Betrieben nicht wesentlich von denen der Kollegen in den stark betroffenen Betrieben unterscheiden.

Offenbar tritt der Einfluß der wirtschaftlichen Lage des Betriebes gegenüber anderen Faktoren zurück. Über die Art dieser Faktoren können wir nur Vermutungen anstellen, da eine Reihe von wahrscheinlichen Einflußfaktoren sich in einer Zeitpunktuntersuchung nicht kontrollieren läßt. Zu vermuten ist hier etwa: ein dominanter Einfluß des Bildes, das in den Massenmedien von der gesamtwirtschaftlichen Lage vermittelt wird, ein relativ hohes Vertrauen in das soziale Sicherungssystem der BRD und in die länger- fristige Problemlösungskapazität der wirtschaftlichen Institutionen.

1 Die Ergebnisse unserer Studie lassen sich nicht auf andere Arbeitnehmergruppen übertragen, da die Stich- probe zu klein und die Merkmale der befragten Arbeitnehmer zu homogen waren, um repräsentative Aussagen zu ermöglichen. In zwei Betrieben wurden — etwa ihrem Anteil an der Gesamtbelegschaft ent- sprechend — ca. 40 türkische Arbeiter (mit einem übersetzten Fragebogen) befragt. Da sie sich in den meisten Punkten nicht systematisch von ihren deutschen Kollegen unterscheiden, wurde m dieser Kurz- fassung unserer Ergebnisse auf eine gesonderte Darstellung verzichtet,

Aus informellen, also nicht systematisch auswertbaren Informationen während der Interviews läßt sich außerdem schließen, daß für die von uns befragten Arbeitnehmer private Kompensationsmöglichkeiten wie etwa Haus- und Grundbesitz sowie Nebenberufstätigkeiten eine ungewöhnlich große Rolle spielen.

Wie werden wirtschaftliche Probleme wahrgenommen?

Nur 27 % der Befragten kennzeichnen die wirtschaftliche Lage in der BRD als schlecht. (17% „gut“, 56% „mittelmäßig“, 22% „eher schlecht“ und 5% „sehr schlecht“.) Dies liegt vermutlich daran, daß weniger die frühere wirtschaftliche Situation in der BRD als vielmehr die Situation in den Nachbarländern zum Vergleich herangezogen wird. Bei spezifizierten Vorgaben, die auf eine Unterscheidung zwischen kurzfristig konjunkturellen und langfristig strukturellen Krisenerscheinungen abzielten, gaben zwei Drittel der Befragten an, „man muß nach neuen Lösungen suchen und sich darauf einrichten, daß es nicht wieder steil bergauf geht“. Eine weitere Frage ging von der Hypothese aus, daß Arbeiter in gutgehenden Betrieben in erster Linie Preissteigerungen, Arbeiter in schlechtgehenden Betrieben in erster Linie die Bedrohung ihrer Arbeitsplätze als wirtschaftliche Probleme angeben würden.

Tatsächlich wurden Preissteigerungen dann an erster Stelle genannt, wenn es darum ging, persönlich spürbare Auswirkungen der Krise aufzuzählen. Insgesamt ergab sich jedoch, daß generell die Arbeitslosigkeit als gravierenderes Problem gesehen wird (32 % gegenüber 18%, die übrigen Befragten reagierten indifferent) und daß— durchaus überraschend — insbesondere die Befragten des sichersten Betriebes das Problem der Arbeitslosigkeit betonten (42 %).

Mit weitem Abstand zu allen anderen sozialen Gruppen schätzen sich Arbeiter als durch die Krise am stärksten betroffen ein. Weiterhin interessant ist, daß nicht etwa die Unternehmer, sondern Beamte und höhere Angestellte sowie Freiberufliche als unberührt von der Krise gesehen werden.

Wie werden die Probleme interpretiert?

85 % der Arbeitnehmer schreiben der gesamtwirtschaftlichen Lage einen größeren Einfluß auf ihre individuelle Situation zu als ihrer persönlichen Initiative. Die stärkste Mitverantwortung für das Entstehen der Rezession wird den erdölproduzierenden Ländern zugeschrieben, direkt danach folgen die Unternehmer. Den Gewerkschaften wird von allen gesellschaftlichen Institutionen die geringste Verantwortung zugeschrieben, ein Beleg dafür, daß das häufig anzutreffende Argument, die Lohnpolitik der Gewerkschaften habe die Krise mitverursacht, bei den Arbeitern nicht verfängt. Zu berücksichtigen ist hier allerdings, daß alle von uns untersuchten Betriebe überdurchschnittlich hoch gewerkschaftlich organisiert sind.

Problemlösungen werden in erster Linie von der Bundesregierung erwartet, die Gewerkschaften nehmen hier einen mittleren Rangplatz ein.

Die Legitimationsbasis der gegenwärtigen Regierung wird durch die wirtschaftliche Lage kaum beeinträchtigt, da 97 % der Befragten weltwirtschaftliche Einflüsse für entscheidend bezüglich der wirtschaftlichen Situation in der BRD halten. Zwar geben immerhin 16% der Befragten der Opposition bessere Chancen zur Überwindung der Krise, doch ist kein einziger der Meinung, daß eine CDU-Regierung die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer verbessern würde; 54 % erwarten für diesen Fall eine Verschlechterung. Auch die Ausgabenpolitik der Regierung wird für die wirtschaftliche Lage nicht verantwortlich gemacht. In einer entsprechenden offenen Frage kritisierten nur 8 % der Befragten bei insgesamt 129 Antworten eine überhöhte Ausgabenpolitik des Staates.

Etwa ein Drittel der Befragten hält wirtschaftliche Krisen prinzipiell für unvermeidlich, die meisten der übrigen Kollegen geben als wichtigste Voraussetzung für die dauerhafte Vermeidung wirtschaftlicher Krisenerscheinungen eine Ausdehnung der Planung in der Wirtschaftspolitik an. Planung wird hierbei vornehmlich als Ausbau vorhandener Möglichkeiten und Schaffung neuer Instrumente auf der Basis der bestehenden Institutionen verstanden.

Welche Problemlösungsstrategien werden ins Auge gefaßt?

Individuelle Verhaltensänderungen als Reaktion auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten lassen sich bei den von uns befragten Arbeitnehmern kaum feststellen. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß der wahrgenommene Grad der wirtschaftlichen Bedrohung nicht das Maß erreicht hat, das Verhaltensänderungen hervorruft. Lediglich die von Kurzarbeit betroffenen Kollegen reagieren mit Einschränkung ihrer Ausgaben. Hauptuntersuchungsgegenstand in diesem Bereich ist die Einstellung der Arbeiter zur Gewerkschaft sowie ihre individuelle Bereitschaft, gewerkschaftliche Aktionen aktiv zu unterstützen. Besonderes Interesse verdient diese Fragestellung deswegen, weil hier mögliche Diskrepanzen zwischen den Zielvorstellungen der Arbeiter und den Zielvorstellungen der Gewerkschaften zutage treten können.

Rangfolge gewerkschaftlicher Ziele

In einer von uns erhobenen Rangfolge gewerkschaftlicher Aktivitätsbereiche nahm die Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze mit Abstand den höchsten Rang ein. Je schlechter hier die wirtschaftliche Lage von den einzelnen Kollegen beurteilt wird, desto stärker ist ihre Präferenz für diese Forderung.

Zwar formulieren auch die Gewerkschaften selbst die Vollbeschäftigung als vorrangiges Ziel ihrer Politik, doch dominiert in der Alltagsarbeit das Ziel „Lohnerhöhungen“, da die gewerkschaftlichen Kampfmöglichkeiten hierauf viel besser zugeschnitten sind. Das Lohnziel jedoch nimmt in unserer Untersuchung insgesamt erst den fünften Rang ein, ist aber deutlich wichtiger für Kollegen in wirtschaftlich gesicherten Betrieben. Vergleicht man unsere Untersuchung mit früheren Studien, so läßt sich das obige Ergebnis in einen sinnvollen Zusammenhang einordnen. Bei guter Wirtschaftslage werden Lohnerhöhungen stärker präferiert, bei schlechter Wirtschaftslage dominiert der Wunsch nach Sicherung der Arbeitsplätze. Bemerkenswert ist, daß diejenigen Arbeitnehmer, die mit einem baldigen Konjunkturaufschwung rechnen, sehr viel stärker bereit sind, Lohnforderungen zurückzustellen als ihre pessimistischen Kollegen. Dies läßt sich analog zur Situation 1966/67 interpretieren. Zwar sind die Arbeitnehmer kurzfristig bereit, Lohnforderungen zugunsten eines Wirtschaftsaufschwunges zurückzustellen, doch bringen sie in einer besseren Wirtschaftssituation ihre Forderungen dann um so stärker zum Ausdruck.

Erstaunlich hoch rangiert der Wunsch nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen (2. Rangplatz)². Die beiden großen gesellschaftspolitischen Reformvorhaben, die sich derzeit in der gewerkschaftlichen Diskussion befinden, nehmen den 4. (Mitbestimmung) bzw. 7. (Mehr Planung in der Wirtschaftspolitik) Rang ein. An anderer Stelle wurde, wie bereits erwähnt, von der großen Mehrheit der Befragten die Forderung nach mehr Planung in der Wirtschaftspolitik zur Vermeidung wirtschaftlicher Krisen-

² Auch in dieser gewerkschaftsinternen Diskussion wurde diese Akzentverlagerung erkannt, so heißt es in einem Antrag der IGM zum DGB-Bundeskongreß 1975, daß die Arbeitnehmer nicht mehr bereit seien, „sich durch Geld für Arbeiten kompensieren zu lassen, die Gefahren für die Gesundheit verursachen oder mit körperlich oder psychisch einseitigen Tätigkeiten verbunden sind“.

Situationen erhoben. Ein Vergleich der beiden Punkte legt folgende Interpretation nahe: Zwar hat insgesamt die Erhöhung volkswirtschaftlicher Steuerungskapazitäten eine große Bedeutung für die Arbeitnehmer, die Forderung richtet sich jedoch an verschiedene Adressaten: Staat, Unternehmen und Gewerkschaften. Als speziell an die Gewerkschaften gerichtete Forderung tritt sie hinter solche zurück, die kurzfristige Verbesserungen und materielle Vorteile bringen.

Wie auch in den Vergleichsuntersuchungen der früheren Jahre erweist sich eine Arbeitszeitverkürzung in der Sicht der Arbeitnehmer als ziemlich unwichtig. Die kürzlich von dem britischen Gewerkschaftsführer Jack Jones erhobene Forderung nach einer generellen Arbeitszeitverkürzung in Westeuropa auf 35 Stunden findet also in der gegenwärtigen Situation bei den Kollegen wenig Unterstützung.

Gewerkschaftliche Einflußbereiche

Es zeigte sich, daß sich die Arbeitnehmer zur Durchsetzung der obengenannten Ziele einen sehr weitgehenden Einfluß der Gewerkschaften auf die verschiedenen wirtschaftspolitischen Entscheidungsebenen wünschen. Wichtigster Punkt war gewerkschaftlicher Einfluß auf die Entscheidungen der Unternehmensleitung, es folgten (in der Reihenfolge der Nennungshäufigkeit) Arbeitsplatzbedingungen (85 %), Standort- von Unternehmen (75 %), Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer (71 %), Investitionen (68 %), Geschäftspolitik der Banken (52 %), Import/Export (33%). Immerhin ein Drittel der Befragten befürwortet einen Einfluß der Gewerkschaften auf alle sieben vorgegebenen Bereiche. Politisch interessierte Kollegen wünschen durchgehend einen weitergehenden Einfluß der Gewerkschaften, besonders werden von ihnen die Punkte „Geschäftspolitik der Banken“ und „Investitionen“ stärker betont. Eine Verschiebung im Spektrum gewünschter Einflußbereiche ergibt sich dann, wenn man Kollegen mit optimistischer und solche mit pessimistischer Einschätzung gegenüber der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung getrennt analysiert. Die Pessimisten gewichten diejenigen Bereiche stärker, die den Gewerkschaften Einflußmöglichkeiten auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bieten würden (Import/Export, Banken, Investitionen, ausländische Arbeitnehmer), dafür treten die betriebsnäheren Forderungen zurück. Die stärkste Differenz zeigt sich hier im Punkt „Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer“. Hier wird eine gewerkschaftliche Kontrolle von 84 % der Pessimisten gegenüber 60 % der Optimisten befürwortet. Hier wird deutlich, daß die ausländischen Arbeitnehmer von denjenigen Kollegen, die eine negative Wirtschaftsentwicklung erwarten, als ernsthafte Bedrohung wahrgenommen werden.

Solidaritätsbereitschaft

Werden gewerkschaftliche Aktionen zugunsten bestimmter Teilgruppen innerhalb der Arbeitnehmerschaft ins Auge gefaßt, z. B. eine Politik insbesondere für diejenigen, deren Arbeitsplätze aktuell bedroht sind, so ist es wichtig, zu wissen, inwieweit Kollegen zu Einschränkungen zugunsten bedrohter Kollegen bereit sind. Diese Fragestellung ist zur Zeit in der Automobilindustrie aktuell (VW, Opel), wo sich die gewerkschaftliche Vertretung gegen Überstunden und Sonderschichten sperrt, um die im Zuge der Absatzkrise abgebauten Arbeitsplätze zurückzugewinnen. Ein Großteil der bereits Beschäftigten hat ein Interesse daran, sein Einkommen gerade im Zusammenhang mit den zurückhaltenden Lohnabschlüssen dieses Jahres durch Überstunden aufzubessern.

In unserer Untersuchung zeigte sich, daß etwa ein Drittel der Befragten bereit ist, zugunsten bedrohter Kollegen Kurzarbeit in Kauf zu nehmen, weitere 56 % würden auf Überstunden verzichten, um Kollegen zu helfen. Zwar kann man aus diesen Willensäußerungen nicht direkt schließen, daß ein gleichhoher Anteil von Arbeitnehmern sich

im Ernstfall auch entsprechend verhalten würde, doch läßt sich global feststellen, daß Solidaritätsbereitschaft in erheblichem Maße gegeben ist. Betrachtet man einzelne Gruppen, so zeigt sich eine höhere Solidaritätsbereitschaft bei gutverdienenden und gut ausgebildeten Kollegen. Auch sind diejenigen Befragten eher zu Opfern bereit, die auch privat viel Umgang mit anderen Menschen, z. B. durch Mitgliedschaft in Vereinen oder durch einen Freundeskreis, haben. Allerdings sinkt die Solidaritätsbereitschaft dann deutlich ab, wenn die Kollegen ihre eigenen Zukunftsaussichten pessimistisch beurteilen. Während 47 % der Befragten, die ihre eigenen Zukunftsaussichten positiv beurteilen, Kurzarbeit in Kauf nehmen würden, sind es bei denen, die eine Verschlechterung erwarten, 24 %.

Beurteilung der Gewerkschaftspolitik

54 % der Befragten kritisieren die Gewerkschaften als „zu weich“, wenn es um ihr Auftreten gegenüber den Unternehmern geht, 38 % äußern dieselbe Kritik im Hinblick auf das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat. Doch auch in der entgegengesetzten Richtung sind die Gewerkschaften Kritik ausgesetzt. So meinen 11 % die Gewerkschaften seien gegenüber dem Staat zu hart aufgetreten, gegenüber den Unternehmern ist dieser Anteil mit 5 % nur knapp halb so hoch. 15 % sprechen generell davon, daß die Gewerkschaften zuviel Macht haben.

Im folgenden soll versucht werden, diejenigen Gruppen innerhalb der Arbeitnehmerschaft zu identifizieren, die diese Kritik überwiegend tragen. Es ergibt sich folgendes Bild: Befragte, die mit *langfristigen* wirtschaftlichen Schwierigkeiten rechnen, beurteilen die Gewerkschaften eher als zu hart. Diese Gruppe richtet sich offenbar auf eine länger-fristige Stagnation ein und hält das Forderungsniveau der Gewerkschaften deswegen für zu hoch. Als zu weich werden die Gewerkschaften um so eher beurteilt, je schlechter die *gegenwärtige* wirtschaftliche Lage eingeschätzt wird. Dieser Zusammenhang ist auf den ersten Blick erstaunlich, doch etwa so zu interpretieren: Diese Befragten messen schlechte Wirtschaftslage in erster Linie am Kaufkraftschwund und fordern ein härteres Auftreten der Gewerkschaften, um ihren Lebensstandard halten zu können.

60 % aller Befragten sind der Ansicht, daß die Gewerkschaftsführung die Meinung der Kollegen in den Betrieben nicht in ausreichendem Maße berücksichtige. Diese Ansicht wird • überwiegend von Befragten geäußert, die in bezug auf die Entwicklung ihrer persönlichen Lage pessimistisch sind.

Konfliktbereitschaft

. Fragt man unabhängig von einer konkreteren Situation, so äußern die Arbeitnehmer eine erstaunlich hohe Konfliktbereitschaft. So würden 55 % der Arbeiter in unserer Stichprobe „im ernstesten Fall“ an einer Besetzung des Betriebes teilnehmen, 46 % halten das Hauptkampfmittel der Gewerkschaften, den Streik, auch gegenüber Problemen wie Kurzarbeit und Massenentlassungen für ein geeignetes Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen. Nur 15% halten es jedoch für sinnvoll, bei schlechter Wirtschaftslage harte Kampfmaßnahmen zu ergreifen, es überwiegt der Standpunkt, daß die Arbeitnehmer bei guter Wirtschaftslage „möglichst viel herausholen“ sollten. In der gegenwärtigen Situation ergibt sich folgerichtig, daß in erster Linie die Arbeiter sich konfliktbereit zeigen, die mit einem baldigen Konjunkturaufschwung rechnen.

Arbeitsgruppe Soziale Infrastruktur, Universität Frankfurt/M. (Folgende Mitglieder der Gruppe waren beteiligt: Klaus Arzberger, Klaus-Peter Brandes, Karl-Otto Hondrich, Hans-Hermann Hoppe, Manfred Murck, Jürgen Schumacher. Bei der Konzeption der Studie wirkte ferner Burkhard Strümpel, University of Michigan, Ann Arbor, USA, mit.)